

DIE LINKE.

Programm für die Städteregion Aachen zur Kommunalwahl 2009



DIE LINKE.
Kreisverband Aachen
Stolberger Straße 34
52068 Aachen

www.dielinke-aachen.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Sie sind zum ersten Mal zur Wahl eines **Städteregionstages** aufgerufen. Was verbirgt sich hinter diesem Wort?

Stadt und Kreis Aachen, bislang eigenständig, haben sich zusammengeschlossen zu einer neuen Gebietskörperschaft, eben der Städteregion Aachen. Für diese wird nun erstmals ein kommunales Parlament gewählt, der Städteregionstag.

Wenn Sie im Kreis Aachen wohnen, ist die Sache relativ einfach. Der Städteregionstag tritt an die Stelle des Kreistages und übernimmt dessen Aufgaben. Der oder die Vorsitzende des Gremiums, der **Städteregionsrat** oder die -rätin, wird ebenfalls direkt gewählt. Er oder sie tritt an die Stelle des Landrats.

Wenn Sie in Aachen wohnen, ist die Sache komplizierter. Die Stadt Aachen ist zwar der Städteregion beigetreten, behält aber ihren Status als kreisfreie Stadt. Das heißt: Es wird weiterhin ein Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin gewählt, es gibt weiterhin Bezirksvertretungen in den Stadtteilen, und viele Aufgaben, die Aachen bislang selbst erledigt hat, erledigt die Stadt auch weiterhin selbst. Die künftige Aufgabenverteilung zwischen

Stadt und Städteregion wurde allerdings über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden.

Hier setzt die Kritik der Linken an: Die gesamte Verwaltung in der Städteregion soll umgekrempelt werden, viele Aufgaben verlagert. Wenn von Synergien die Rede ist, wird letztlich auch Stellenabbau gemeint sein. Vieles ist noch unausgegoren.

Völlig offen ist, wann und wie sich die beiden ARGEn von Stadt und Kreis zusammenschließen. Wie in der Städteregion mit den Opfern von Hartz IV umgegangen wird, steht also noch nicht fest. Wie ein neues gemeinsames Sozialamt der Städteregion in Sachen Erreichbarkeit und Bürgerfreundlichkeit abschneidet, bleibt abzuwarten.

Sinnvolle Ideen wie eine gemeinsame Bewirtschaftung von Gewerbegebieten fanden bei der Bildung der Städteregion hingegen keine Berücksichtigung. So wird auch in Zukunft jede Kommune weiterhin zusätzliche Flächen versiegeln, um Unternehmen auch aus den Nachbarorten ins eigene Gebiet zu locken. Gerade weil die Städteregion derart viele Mängel aufweist, braucht der Städteregionstag eine starke LINKE. Wir wollen dort für mehr Transparenz, Demokratie und Bürgerfreundlichkeit streiten.

Dafür brauchen wir Ihre Stimme.



Kreis Aachen



Stadt Aachen



Städteregion Aachen

1. Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie in der Städteregion Aachen.

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, denn wir stehen kompromisslos an der Seite derjenigen, die nicht über Kapital verfügen.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch die fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung sowie höheren Krankheitsrisiken.

Wir kämpfen dafür, dass in der Städteregion Aachen niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe erreicht und gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert eine soziale, solidarische und ökologische Städteregion. Nicht Sachzwänge und „Machbarkeit“ sind unsere Richtlinie, sondern die konkreten Bedürfnisse der Menschen.

Deshalb treten wir ein für

- ▶ Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle,
- ▶ eine grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung,
- ▶ die Abschaffung der Hartz-Gesetze, gleichzeitig für das Auffangen ihrer unsozialen Folgen,
- ▶ gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung nach Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung,
- ▶ Sicherheit und Integration statt Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund und speziell Flüchtlingen,
- ▶ den Zugang zu guter sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
- ▶ Ganztagsplätze in guten Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendlichen,



Soziale Ungleichheit wird auch in unserer Region unter anderem an der Wohnsituation sichtbar.

- ▶ umfassende demokratische Mitwirkung; die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen, vor allem der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen eine soziale, lebenswerte und demokratische Städteregion. Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen entscheidend zurückgedrängt wird.

2. *Öffentlich, weils besser ist. Gute Arbeit, gute Ausbildung.*

Ein gut ausgebauter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens, erst recht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Effektive und bezahlbare Dienstleistungen und Güter von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden immer seltener, weil diese schutzlos der ruinösen Konkurrenz durch kapitalistische Unternehmen ausgesetzt werden, deren

Leistungen sich im Endergebnis sogar als teurer und schlechter erweisen.

Die Veräußerung kommunaler Einrichtungen an Private, die Privatisierung, orientiert sich nicht am Bedarf der Menschen und dient erst recht nicht der Daseinsvorsorge, sondern nutzt ausschließlich dem Profit der privaten Unternehmen.

Auch im Bereich der Städteregion sind in den vergangenen Jahren öffentliche Einrichtungen privatisiert worden, sind öffentliche Arbeitsplätze vernichtet worden und stattdessen private Billiganbieter mit der Erbringung der Leistungen beauftragt worden. Solche Entscheidungen gehen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch auf Kosten der Qualität der Arbeit. Seit die Stadt Aachen die Gebäudereinigung privatisiert hat, sind die Reinigungskräfte, vorwiegend Frauen, stärkerem Arbeitsdruck ausgesetzt, so dass das Arbeitspensum kaum zu schaffen ist. Seitdem klagen Eltern und Lehrkräfte über schlecht geputzte Schulen.

Oft führen Privatisierungen zu höheren Preisen, da Private Profit erwirtschaften müssen. Bei der Müllentsorgung wurden sogar schon Privatisierungen rückgängig gemacht, weil der Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger buchstäblich zum Himmel stank.

Die Veräußerung öffentlichen Eigentums wird zum Diebstahl an der Allgemeinheit. Der Staat ist in der Lage, die Verursacher der derzeitigen Bankenkrise mit Milliarden Euro zu unterstützen. Für die kommunale Daseinsvorsorge soll kein Geld da sein? Die Finanzkrise zieht eine ökonomische Krise nach sich. Die Autoindustrie geht ihrem Niedergang entgegen und erhält trotzdem Garantieerklärungen des Staates in Milliardenhöhe.

Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Die Kommunen müssen einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten, werden aber in der aktuellen Situation zu Mängelverwalterinnen degradiert. Auch die Kommunen brauchen eine Finanzspritze, ohne Eigenanteil! Das Geld muss verwendet werden, um die soziale undverkehrliche Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Auf keinen Fall dürfen die Kommunen gezwungen werden, Arbeits- und Ausbildungsplätze abzubauen. Da sagen wir als Partei DIE LINKE deutlich NEIN! Ein weiterer Rückzug des Bundes aus der Mitfinanzierung der Kosten der Unterkunft bei Grundsicherungsempfängern muss gestoppt werden. Ebenso notwendig ist eine nachhaltige Reform der Gemeindefinanzierung.

Kommunale Selbstverwaltung ist nicht ohne „Selbstwirtschaft“ möglich. Die von der schwarz-gelben Landesregierung durchgesetzten drastischen Einschränkungen für die Kommunalwirtschaft lehnen wir ab. Die Eigenbetriebe müssen aber nicht nur gestärkt werden, sondern auch an ihre sozialen Verpflichtungen erinnert werden, z. B. bei der Höhe der Mieten in kommunalen Wohnungen und bei den Energiepreisen die kommunalen Energieversorgungsunternehmen.

DIE LINKE in der Städteregion tritt ein

- ▶ gegen die weitere Privatisierung kommunalen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen. Auch die sogenannte „Public-Private-Partnership“, bei der sich Kommunen durch langfristige Verträge den Gewinninteressen von Unternehmen ausliefern, lehnen wir ab. Bestehende Verträge dieser Art, auch langfristige Mietverträge und Ausgliederungen von weiteren Dienstleistungen, sind offen zu legen.



Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geschieht nicht im öffentlichen Interesse.

- ▶ für die Rekommunalisierung bereits privatisierter Dienstleistungen,
- ▶ gegen weiteren Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Kommunen,
- ▶ für gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger durch motivierte Mitarbeiterinnen und -arbeiter in der Städteregion und ihren Kommunen,
- ▶ für eine Festlegung einer jährlichen Anzahl von Ausbildungsplätzen in der Städteregionsverwaltung. Es muss über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden, um einen Beitrag zu leisten, jungen Menschen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Eine qualifizierte Ausbildung schafft motivierte Auszubildende. Auszubildende sollen nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung mindestens für ein Jahr in ihren erlernten Beruf übernommen werden.
- ▶ für die kommunalen Unternehmen. Ihr sozialer Auftrag muss gestärkt werden. Z. B. muss die Aachener GeWoGe günstigen Wohnraum anbieten, die STAWAG günstigen und umweltverträglichen Strom. Insbesondere brauchen wir preiswerte Wohnungen in kommunalem Besitz. Dabei geht es nicht nur um Bestandpflege, sondern auch um den bedarfsgerechten Neubau. Die von der neoliberalen

Landtagsmehrheit beschlossene Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen lehnen wir ab.

- ▶ für mehr Mitbestimmung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen. Zur Zeit werden die Mitbestimmungsrechte durch die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit massiv eingeschränkt. DIE LINKE streitet für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz mit erweiterten Mitbestimmungsrechten. Auch in der Städteregion lautet unsere Überzeugung: Eine starke Mitbestimmung ist Garant gegen den Abbau kommunaler Leistungen durch Privatisierung! Besser motivierte MitarbeiterInnen sorgen zudem für mehr Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung.
- ▶ für den Erhalt und die Stärkung der Sparkasse. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung lehnen wir ab.
- ▶ für die konsequente Nutzung der Möglichkeiten des Vergaberechts, um Aufträge der Städteregion nur an solche Firmen zu vergeben, die Tariflöhne zahlen, ausbilden, Frauen fördern und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer respektieren,
- ▶ für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger durch die Städteregion und

die Kommunen. Dazu gehören kommunale Wohnungen mit günstigen Mieten ebenso wie schnell und wirksam agierende Jugend-, Sozial- und Gesundheitsämter sowie soziale Tarifstrukturen.

- ▶ für eine stärkere Förderung genossenschaftlichen Wohnens.

Nur so ist entgegen dem Profitstreben der Privaten ein an der Würde des Menschen orientiertes Leben in der Städteregion und den Kommunen möglich.

3. *Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle.*

Auch in der Aachener Region hat die Armut in den vergangenen Jahren zugenommen. In der Umsetzung der unsozialen Hartz-IV-Gesetze wurden Grundrechte wie freie Berufswahl, Mobilität und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt.

Immer mehr Berufstätige können von ihrem Arbeitslohn nicht mehr leben und benötigen zusätzlich Arbeitslosengeld II. Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitjobs nimmt von Jahr zu Jahr zu. Das Ausmaß prekärer Beschäftigung steigt

stetig. ALG-II-EmpfängerInnen werden in Ein-Euro-Jobs gezwungen.

Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit zu mehr Kinderarmut. Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Hartz IV raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen.

Die zunehmende Altersarmut trifft meist Menschen, die für ein niedriges Einkommen gearbeitet haben oder lange Zeit arbeitslos waren. Davon sind besonders Frauen betroffen. Altersarmut ist oft weiblich.

DIE LINKE streitet für eine soziale Städteregion, in der die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Mobilität und Bildungschancen für alle gesichert ist.

DIE LINKE tritt ein

- ▶ für die Interessen der Hartz-IV-Opfer. Auf Bundesebene streiten wir für eine Überwindung der unsozialen Hartz-IV-Gesetze zugunsten einer adäquaten sozialen Grundversorgung. Auf kommunaler Ebene



DIE LINKE will eine Städteregion, die die Menschenwürde eines Jeden schützt.

wollen wir, wo immer möglich, für Erleichterungen für ALG-II-EmpfängerInnen streiten. Dadurch erkämpfen wir Verbesserungen für die Betroffenen und machen gleichzeitig das Grundproblem, nämlich die soziale Schieflage in den Hartz-Gesetzen, zum Thema.

- ▶ für den Erhalt der Wohnung bei längerer Arbeitslosigkeit, insbesondere bei älteren Menschen und Alleinerziehenden mit mehreren Kindern,
- ▶ für die Wiederherstellung der Mobilität durch ein günstiges Monatsticket für Bus und Bahn,
- ▶ für eine menschliche Behandlung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen,
- ▶ für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als Alternative zu den Ein-Euro-Jobs, auch in den Kommunen. Wir fordern die Umwandlung der bestehenden Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Vollzeitstellen.
- ▶ für eine Steuerung der regionalen Arbeitsmarktpolitik durch die Region selbst statt durch die Bundesanstalt für Arbeit im fernen Nürnberg. Die Arbeitsmarktpolitik muss transparent und bürgerfreundlich sein. Arbeitssuchende müssen individuell beraten und betreut werden, eine Sachbearbeiter bzw. ein -bearbeiter soll höchstens für hundert

Personen im Sachgebiet Sicherheit und fünfzig im Bereich Fallmanagement verantwortlich sein. Niemand darf zur Aufnahme einer Arbeit gezwungen werden.

- ▶ für eine dezentrale Betreuung der Arbeitssuchenden. Weite Wege zu zentralen „Agenturen“ oder gar eine räumliche Trennung von Arbeitsvermittlung und Leistungsabteilung, wie in Aachen, sollen vermieden werden. Auch die Abteilungen selbst sollen wieder zusammengeführt werden. Die SachbearbeiterInnen müssen besser ausgebildet werden und sollen grundsätzlich fest angestellt sein. Sowohl auf die fachliche als auch auf soziale Kompetenz kommt es an.
- ▶ für den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus,
- ▶ für eine stärkere Förderung in den Bereichen Soziales und Kultur. Soziale Initiativen, denen das Wasser abgegraben wird, trocknen aus. Eine Theatersparte, die man schließt, ist unwiederbringlich verloren. Die sogenannten Leistungsvereinbarungen mit den sozialen Verbänden und Initiativen müssen nach Jahren endlich wieder angehoben werden. Stadttheater, kleine Theater und Kulturinitiativen müssen nach diversen Sparrunden endlich wieder

Planungssicherheit bekommen. Das vielfältige Kulturangebot muss erhalten werden. Auch Volkshochschulen und öffentliche Bibliotheken müssen wieder stärker gefördert werden.

- ▶ für den Erhalt des Autonomen Zentrums in Aachen,
- ▶ für die Schaffung von öffentlich finanzierten Ombudsstellen, die helfen, soziale Rechte durchzusetzen,
- ▶ für die regelmäßige Erstellung eines öffentlichen Reichtums- und Armutsberichts.

4. *Für eine gesunde Städtereion.*

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Ist ein Mensch längerfristig erkrankt, können schwerwiegende Beeinträchtigungen in anderen Lebensbereichen hinzukommen; Erwerbchancen, Einkommen aus dem Arbeitsleben sind eingeschränkt. Gleichzeitig steigen seine krankheitsbedingten finanziellen Aufwendungen.

Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik:

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“

Gesundheit ist eine Menschenrechtsnorm, die es zu verwirklichen gilt. Dabei ist für uns die Einheit von körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefinden von zentraler Bedeutung.

Für DIE LINKE ist kommunale Gesundheitspolitik ohne Alternative, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist dazu da, das Recht auf Gesundheit auch für diejenigen zu realisieren, die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, dieses Recht wahrzunehmen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass Akteure im Gesundheitswesen sowie die Gesundheitsverwaltung in der



Gesundheit ist Menschenrecht. Kommunale Gesundheitspolitik soll es für alle verwirklichen.



Region Gesundheit einen deutlich höheren Stellenwert einräumen.

Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE fordert: Privatisierung des Gesundheitswesens und Profitinteressen stoppen! Ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Privatisierung überleben. Es darf nicht länger möglich sein, dass eine Patientenbehandlung mehr dem Gewinn dient als der Gesundheit der Betroffenen oder dass sie ihnen sogar Schaden zufügt.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Leitlinien des Forums Soziales der Städteregion Aachen zur Gesundheit wie folgt umgesetzt werden:

„Unterstützung einer bedarfsgerechten, wirtschaftlichen, wirksamen und qualitätsgesicherten Versorgung der Bevölkerung“

- ▶ Eine medizinische Versorgung mit nachgewiesenem Nutzen für die Bevölkerung erfordert dringend die Positivliste, ein öffentliches (statt von kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen „selbstverwaltetes“) Gesundheitswesen sowie Transparenz und Nachweise darüber, dass sowohl Vorsorge-

maßnahmen als auch Behandlung und Nachsorge der Bekämpfung von Krankheiten dienen.

„Entwicklung von regionalen Gesundheitszielen im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz“

- ▶ Statt isolierter Einzelmaßnahmen benötigt die Städteregion ein gemeinsam abgestimmtes Konzept mit der Gesundheitskonferenz. Prinzipiell muss der Zugang zu Gesundheitskonferenzen offen sein. Konferenzergebnisse müssen öffentlich bekannt gegeben werden. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über Ergebnisse und Formulierung von Handlungsempfehlungen im kommunalen Raum.

„Ausbau einer regionalen Gesundheitsberichterstattung“

- ▶ Zugang zu Informationen über die Qualität der medizinischen Versorgung in den Städten und Gemeinden der Städteregion durch die kommunale Gesundheitsberichterstattung. Dazu gehört auch die Erfassung der Versorgung chronisch Kranker in einer bestimmten Lebenslage, wie z. B. Alleinerziehende, Hochbetagte, Behinderte, psychisch Kranke, Suchtkranke und MigrantInnen.

„Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention“

- ▶ Die Konzentration auf die medizinische Behandlung bzw. Therapie und das Nichtbeachten von Prävention und Gesundheitsförderung bezogen auf die persönlichen Lebenslagen ist für DIE LINKE verfehlte Gesundheitspolitik.

„Unterstützung der Entwicklung von neuen Versorgungsformen“

- ▶ Durch mehr medizinische Einrichtungen und neue Medikamente werden nicht automatisch Verbesserungen des Gesundheitszustandes der Menschen in unserer Region geschaffen. Das Gegenteil kommt leider vor, z. B. durch unangemessenen, ggf. krankmachenden Einsatz von Gewinn bringenden Medikamenten, Therapien und durch ungeeignete Medizintechnik.

Ärztinnen und Ärzte, die Zeit für PatientInnen haben statt für Werbegespräche mit PharmareferentInnen, sind zu unterstützen. Nach Informationen der Ärzteinitiative MEZIS („Mein Essen zahl ich selbst“) besuchen rund 15.000 Pharmavertreterinnen und -vertreter zwanzig Millionen Mal im Jahr Arztpraxen. DIE LINKE befürwortet eine regionale Unterstützung der Ärzteinitiative MEZIS, die sich erfolgreich gegen

die Einflussnahme der Pharmaindustrie zur Wehr setzt.

„Weiterentwicklung der Gesundheitsinformation“

- ▶ Der öffentliche Gesundheitsdienst (Gesundheitsamt) muss seine Rolle bei der Verbesserung der Gesundheit in der Städteregion ausbauen, vor allem in Bezug auf Gesundheitsinformation und -förderung. DIE LINKE tritt für Transparenz im Gesundheitswesen ein, insbesondere in Hinsicht auf Produkte, die auf dem Gesundheitsmarkt erhältlich sind, wie Medizingeräte, Heil- und Hilfsmittel, Arzneien, Laborprodukte. Die Benutzerinnen und Benutzer müssen Nutzen und Preise international (OECD) vergleichen können.



Bei Prävention und Rehabilitation sind besondere Lebenslagen zu berücksichtigen.

„Förderung von Gesundheitsverantwortung und Bürgernähe“

- ▶ Gestaltung von kommunaler Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE Gemeinschaftsaufgabe von Kinder-, Jugend-, Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik.

Dazu gehört die Aktivierung von möglichst vielen Menschen. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner soll im Stande sein, sich für die eigene Gesundheit und für eigene gesundheitliche Interessen einzusetzen, als Privatperson oder in der Öffentlichkeit. DIE LINKE, insbesondere hier in der Euregio, tritt für eine europäische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ein. Preisfestlegungen für Medizingeräte, Arzneimittel etc. sind in Europa zu harmonisieren, um die bestehenden gravierenden Ungleichheiten zwischen den Ländern im Gesundheitsbereich zu beheben. Keine Zuzahlung für Gesundheitsversorgung! Armut darf nicht zusätzlich zu einem erhöhten Gesundheitsrisiko führen.

„Stärkung von Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich“

- ▶ Die pharmazeutische Großindustrie in Europa soll 10 Prozent ihres milliardenschweren Werbeetats jedes Jahr an eine europäische Stiftung abführen, die ein „Europäisches Institut für Gesundheit“ in die Lage versetzt, medizinische Forschung auf allerhöchstem Niveau zum Nutzen der Bevölkerung und unabhängig vom Interesse einzelner Gruppierungen zu fördern. Hierzu gehören vor allem auch

Forschungsaufgaben zur Prävention von Erkrankungen sowie nichtmedikamentöse Interventionen bei bestehenden Erkrankungen, die derzeit kaum noch durchführbar sind, weil es dafür keine Geldgeber gibt.

5. *Sport und Bewegung für alle.*

Bewegung und sportliche Betätigung sind von zentraler Bedeutung für die geistige, seelische und körperliche Gesunderhaltung, Gemeinschaft und kulturelle Teilhabe. Sie sind der Schlüssel zu Lebensfreude und Wohlbefinden. Regelmäßige körperliche Bewegung schult das Gedächtnis, erhält Alltagskompetenz und Gesundheit bis ins hohe Alter. Bewegung ist ein Grundbedürfnis des Menschen, auf das er ein Recht hat. Eine den Menschen verpflichtete Politik muss diesem Grundbedürfnis gemäß entsprechende Weichenstellungen vornehmen, indem sie in allen Lebensbereichen Bedingungen fördert, die dem gerecht werden. Bewegung muss in das Alltagsleben integriert werden.

Die Lebenswelt vieler Einwohnerinnen und Einwohner entwöhnt dagegen eher von körperlicher Bewegung.

Beispielsweise sind Aufzüge in den meisten Gebäuden gut sichtbar, Treppenhäuser nicht. DIE LINKE fordert diejenigen, die öffentliche oder private Gebäude planen, verwalten oder besitzen, auf, diesen Zustand zu ändern. Die Städteregion wird damit Schrittmacherin einer bewegungsfreundlicheren Umwelt.

In Betrieben gibt es in der Regel für Arbeitspausen Kantinen, aber keine Bewegungsangebote. Schwedische Unternehmen beispielsweise investieren seit vielen Jahren Ressourcen in betriebliche Bewegungsprogramme für ihre Beschäftigten.

DIE LINKE fordert große, mittelständische und kleine privatwirtschaftliche Betriebe und öffentliche Arbeitgeber auf, entspannende körperliche Aktivitäten in den Arbeitsalltag zu integrieren.

Immer mehr Kinder sind hierzulande zu dick, leiden an Diabetes (Zuckerkrankheit) und Ausgrenzung. Jedes vierte übergewichtige Kind schläft schlecht. Folgen von Diabetes im Erwachsenenalter können sein: Arterienverkalkung, Herzinfarkt, Schlaganfall, Nierenversagen, Erblindung. Übergewichtigen Kindern hilft am besten Sport und Bewegung. Armes Kind gleich dickes Kind: In ärmeren Bevölkerungsschichten gibt es dreimal so viele dicke Kinder wie in wohlhabenden Familien.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer familiären Situation, gleichen, niedrighschwelligigen Zugang zu allen Sportangeboten haben.

DIE LINKE tritt für mehr Breiten-sportangebote für alle in der Städteregion Aachen sowie frei zugängliche Sportveranstaltungen, öffentliche Sportstätten und Schwimmbäder für Einwohnerinnen und Einwohner mit wenig Geld ein.

DIE LINKE tritt für barrierefreien Zugang zu Sportangeboten für Menschen mit Behinderungen ein.

Stadt-, Gemeinde- und Kreis-sportbünde und Sportvereine sind als ordentliche Mitglieder an der kommunalen Gesundheitskonferenz mit Arbeitsgruppen zum Thema „Breitensport“ zu beteiligen.



Treppenhäuser sind in vielen Gebäuden unnötig schwer zu finden.



Die Städteregion soll Schrittmacherin einer bewegungsfreundlichen Umwelt werden.

6. *Global denken, lokal handeln.* **LINKE Stadtentwicklung und Umweltpolitik.**

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie- und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien usw.

Die Kommunalpolitik kann durch eigenes Handeln, vielfältige Einflussnahme, Beratung und Beteiligung der EinwohnerInnen sowie durch ein entsprechendes politisches Klima sehr wichtige Beiträge zur ökologischen Kurswende leisten und auf die Politik der oberen staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden Einfluss nehmen.

DIE LINKE unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die EinwohnerInnen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Umweltschutz, Arbeits-

plätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wie Energie bereitgestellt wird, wird auch von KommunalpolitikerInnen entschieden. Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert und vergesellschaftet werden.

Hundert Prozent erneuerbare Energien sind nötig und möglich, bei deren Produktion strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft.

Das technisch und wirtschaftlich Machbare muss politisch gewollt werden. DIE LINKE tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein.

Haus- und Sondermüllverbrennung tragen zur Ressourcenvergeudung, Klimagefährdung und zum Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Die Deponiefrage wird nur zeitlich gestreckt, weil die giftigen Verbrennungsreste ebenfalls deponiert werden müssen.

Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. DIE LINKE tritt dafür ein, Müll zu vermeiden und dies durch kommunale Gebührengestaltung zu fördern, Mülltrennung an der Quelle durchzuführen, aus der flächendeckenden, teuren Müllverbrennung auszuweichen und umweltschonende Verwertungsverfahren

anzuwenden. Eine ökologische Abfallwirtschaft ist allerdings nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt. Inzwischen werden, gerade in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger.

DIE LINKE ist gegen den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen bzw. die Erweiterung von bestehenden Anlagen. Die heutigen sind bereits überdimensioniert, eine Auslastung nicht gewährleistet bzw. nur noch durch europäischen Mülltourismus möglich. Die Entsorgungspreise sind hoch und steigen weiter.

DIE LINKE unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE tritt ein

- ▶ für den Umstieg auf hundert Prozent erneuerbare Energien,

- ▶ für die Ausweisung von Windvorratsflächen in der Städteregion und Repowering bestehender Anlagen,
- ▶ für die zwingende Einbeziehung von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen bei Neubauten,
- ▶ für die Bereitstellung von Gewerbeflächen für Investoren in solarthermische und photovoltaische Anlagen,
- ▶ für die Dezentralisierung der Energieversorgung und Vergesellschaftung von Erzeugung und Übertragungsnetzen,
- ▶ für die Neuaufgabe bzw. Aufstockung von Förderprogrammen zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes,
- ▶ für den geringstmöglichen Eingriff in den Naturhaushalt bei Bauvorhaben; die Sanierung von Bestandsgebäuden hat, vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen, Vorrang vor Neubaumaßnahmen,



Ohne Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien verspielen wir unsere Zukunft.



Die Verstopfung unserer Städte wird mit noch so umweltfreundlichen PKW nicht behoben.

- ▶ für eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen,
- ▶ für den Bau von Ökosiedlungen unter Einschluss vorbildlicher Sozialstandards und generationsübergreifendem Wohnen,
- ▶ für eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten.

7. *Mobilität für alle – eine soziale und ökologische Verkehrswende.*

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand. Dies führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig wird beim öffentlichen Personenverkehr gespart. So ist für Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, die Mobilität immer stärker eingeschränkt. Dringende Ausbaumaßnahmen unter-

bleiben. Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können.

DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zugunsten des Öffentlichen Verkehrs zurückdrängen und ein Grundrecht auf Mobilität für alle gewährleisten. Die Bereitstellung eines attraktiven öffentlichen Personenverkehrs im AVV ist für uns eine soziale und ökologische Frage. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegen zu setzen, die Mobilität für alle gewährleisten.

Attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel sind besonders wichtig. Denn sonst verfehlen gut ausgebaute Verkehrsnetze ihren Sinn, z. B. wegen Überfüllung oder mangelnder Flexibilität.

In den Gebieten unserer Städteregion, in denen getaktete Linien zu wenig ausgelastet sind, werden intelligente Nahverkehrssysteme gebraucht. Anrufsammeltaxis oder Busse-nach-Bedarf-Systeme können hier soziale und ökologische Antworten sein.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für alle Menschen zu sichern. Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert

und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und Ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

DIE LINKE tritt ein:

- ▶ für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Mobilität für alle! Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören Sozialtickets, Jugend- und Seniorentarife. Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten.
- ▶ für den Ausbau des ÖPNV, insbesondere des schienengebundenen. Die Euregiobahn möchten wir über die aktuellen Pläne hinaus erweitern, von Stolberg Altstadt über Binsfeldhammer nach Breinig, von Stolberg Hbf. über Broichweiden nach Würselen sowie von Aachen Nord nach Würselen. Teilweise sind Trassen und Gleiskörper auf diesen Strecken schon vorhanden und können ohne großen Aufwand wieder fahrtauglich gemacht werden. Durch eine Elektrifizierung der Außenstrecken möchten wir

die aktuellen Dieselzüge mittelfristig durch Elektrotriebwagen ersetzen.

- ▶ für die Wiedereinführung einer Stadtbahn in der Region Aachen und die Einbindung der Hochschulen in das Netz,
- ▶ gegen den Neubau von Fernstraßen in der Städte-region,
- ▶ für Ausbau und bessere Unterhaltung des Radwegenetzes,
- ▶ für ausreichende und attraktive Park-and-Ride-Angebote,
- ▶ für den Erhalt der ASEAG als kommunaler Verkehrsgesellschaft und damit den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr.

8. ***Für starke, freie und selbstbewusste Kinder.***

Jedes Kind muss die Möglichkeit erhalten, sich seinen eigenen Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln und zu entfalten. In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen sie, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,



DIE LINKE macht sich stark für starke, freie und selbstbewusste Kinder.

Zugang zu KiTas haben. Auch für unter Dreijährige müssen genügend Plätze vorhanden sein.

Das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungs-

verhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen.

Immer mehr Kinder wachsen mit der Erfahrung auf, arm zu sein. In einem Land, das immer noch zu den reichsten der Welt gehört, ist das eine Schande!

DIE LINKE tritt ein:

▶ für eine besondere Stellung von Kindern und Jugendlichen. Hier darf nicht nur nicht gekürzt werden. Hier muss mehr Geld aufgebracht werden, um Kinderarmut vorzubeugen, verhaltensauffälligen Jugendlichen zu helfen und pädagogisch sinnvolle Betreuungsangebote am Nachmittag in den Grund- und den weiterführenden Schulen anzubieten.

- ▶ gegen Kinderarmut. Auf Bundesebene unterstützen wir die Abschaffung des Kindergeldes als vorrangige Leistung vor der Sozialhilfe. Durch die Anrechnung des Kindergeldes wird die Gesellschaft in zwei Gruppen geteilt: die mit Kindergeld und die, bei denen das Kindergeld durch Anrechnung eliminiert wird.
- ▶ für eine Kostenfreiheit für KITA-Plätze. Zur Finanzierung muss die Landesregierung die nötigen Mittel bereitstellen. Die Kommunen in der Städteregion sind aufgerufen, schon jetzt mit der Kostenfreiheit zu beginnen.
- ▶ für ausreichende KiTa-Plätze in Wohnortnähe, auch für behinderte Kinder;
- ▶ für Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen
- ▶ für eine kommunale Einstellungspolitik, die die Qualifikation der ErzieherInnen anhebt, was die Ausbildung an Fachhochschulen, höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt, sowie kontinuierliche Fortbildung der derzeitigen ErzieherInnen, insbesondere im Bereich der Sprachförderung;
- ▶ für die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels über den KIBIZ-Schlüssel hinaus. Das bedeutet: für

ein sofortiges Einstellungsprogramm von genügend pädagogischen Fachkräften, um mindestens drei Fachkräfte für eine Gruppengröße von max. 15 Kindern zu gewährleisten.

- ▶ für Betreuungsplätze auch für alle unter Dreijährigen.

9. *Bildung – ein universelles Menschenrecht.*

Bildung heißt, allen jungen Menschen und natürlich auch den älteren MitbürgerInnen die Möglichkeit zu ihrer Entwicklung zu geben, um selbstbestimmt, kritisch, kreativ, zur Gemeinschaftsarbeit bereit und lebenslang lernbereit zu sein.

Dem Ziel eines optimalen Bildungserfolgs sind Kindertageseinrichtung, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und im weitesten Sinne kulturelle Einrichtungen verpflichtet.

Die Ergebnisse der Wissenschaften und die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien haben einerseits die Chance für die freie Entfaltung des Einzelnen erhöht, können andererseits seine Verfügbarkeit und Ausnutzung herbeiführen.

Der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ist aber in Deutschland und auch in der Städtereion Aachen nicht allen Kindern und Jugendlichen in gleicher Weise möglich.

Die so genannten Reformen und die neuen Gesetze der CDU/FDP-Landtagsmehrheit im Bildungsbereich stellen eine Negativliste dar, durch

- die widersinnige Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems,
- die Frühselektion nach der vierten Klasse,
- die Abwälzung der Kosten für den Ganztagsbetrieb der Gymnasien auf die Kommunen,
- die Verweigerung neuer Gesamtschulen,
- die Kopfnoten,
- die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen,
- das Kinderbildungsgesetz (KIBIZ) mit Betreuung und Förderung nach Geldbeutel bei zusätzlicher Personalausbeutung,
- das Hochschulfreiheitsgesetz mit der Finanzierung und der Einflussnahme durch die Industrie.

Dies alles hat das Ziel, unsere Gesellschaft so früh wie möglich und so gründlich wie möglich zu spalten

- in Arm und Reich,

- in Macht und Unterordnung,
- in Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten,
- in Orientierungsfähigkeit in einer komplexen und hoch technisierten Welt und in Unorientiertheit,
- in Selbstbestimmung und Fremdbestimmung,
- in Gewinner und Verlierer des Bildungssystems,
- in Konkurrenz statt Solidarität.

Umfassende und unentgeltliche Bildung, Wissenschaft und Kultur sind demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet.

Die Hauptschule bedeutet heute in einer hochkomplexen Gesellschaft eher „Verliererschule“. In Aachen z. B. wechseln von allen ViertklässlerInnen nur noch 10 Prozent dorthin, wobei der Anteil von Kindern von MigrantInnen und von Kindern aus armen Stadtteilen überproportional hoch ist. Dort ist die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss erschreckend hoch, die Vermittlungschancen in Ausbildungsberufe erschreckend gering. Die Folge ist ein allmähliches Verschwinden dieser Schulform. Verständlicherweise wird sie nicht mehr nachgefragt.

Übergangsweise – bis zur flächendeckenden Einführung der Gemeinschaftsschulen (siehe unten)

– können sogenannte Sekundarschulen als Modellschulen eingerichtet werden, die aber zwei Merkmale aufweisen müssen:

1. Der Bildungsgang muss gymnasiale Anteile (z. B. Fremdsprache, „MINT“-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) beinhalten.
2. Die Einstufung der Schülerinnen und Schüler analog des noch bestehenden Bildungssystems ist so lange wie möglich offen zu halten.

Die aktuelle CDU/FDP-Landespolitik allerdings wertet die Hauptschule faktisch weiter massiv ab, will sie aber unbedingt erhalten.

Die Realschulen werden mittel- bis langfristig eine den Hauptschulen ähnliche Entwicklung nehmen. Eine Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Gymnasien (FDP-Vorschlag) stellt nichts anderes als einen Etikettenschwindel dar.

In Aachen gibt es Grundschulen, in denen die Kinder nach der 4. Klasse (Frühselektion) zu einem größeren bis sehr großen Teil in die Haupt- und Realschulen wechseln (müssen, nach dem Grundschulgutachten). Je größer dort der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist, desto geringer ist ihr Anteil

am Übergang in die Gymnasien. Andererseits gibt es Grundschulen, in denen der Anteil der Kinder beim Wechsel in die Gymnasien 80 bis 90 Prozent beträgt. Diese Grundschulen werden nur von wenigen Kindern mit Migrationshintergrund besucht.

- ▶ Die alte Regelung der Schulbezirke (Einzugsbereiche) ist unverzüglich wieder herzustellen. Dazu sind die gesetzlichen Möglichkeiten der Schulträger in der Städteregion auszuschöpfen, der Grundschultourismus ist einzustellen.
- ▶ Ausnahmen hiervon sind auf Einzelfälle zu beschränken. Es geht nicht an, dass einzelne Grundschulen mangels Schülern aufgelöst werden müssen und davon betroffene Kinder entferntere Grundschulen besuchen und mit dem Auto hin und her gefahren werden müssen.
- ▶ Grundschulen mit vergleichsweise geringen Übergangszahlen sind dringend mit SozialarbeiterInnenstellen zu versehen.
- ▶ Behinderte Kinder sind in die Regelschulen zu integrieren, eventuelle bauliche Änderungen diesbezüglich sind von den Schulträgern durchzuführen.
- ▶ Analog zur sogenannten Hochbegabten-Förderung wird auf Stadtebene ein Gremium gebildet, das Förderungsmöglichkeiten für Kinder und

Jugendliche mit Schwierigkeiten im Lernen aufzeigt. Für dieses Gremium sollen über die entsprechenden Schulfachleute (LehrerInnen) hinaus engagierte ÄrztInnen, PsychologInnen und SozialpädagogInnen/-arbeiterInnen, WissenschaftlerInnen usw. gewonnen werden. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf individuelle Förderung sowohl bei Lernschwierigkeiten als auch bei besonderen Talenten.

- ▶ Die Mitarbeit der Eltern in den Schulen ist durch Anreize (z. B. durch zusätzliche finanzielle Ausstattung für Klassenfahrten und sonstige Klassenaktivitäten, Kulturangebote, Hilfen bei der Bewältigung der Erziehungsaufgaben) zu fördern. Die Unterstützung durch MitarbeiterInnen des schulpsychologischen Dienstes und des jugendärztlichen Dienstes der Städte bzw. der Städteregion ist zu intensivieren. Dafür müssen zusätzliche Stellen geschaffen werden.



Der Zugang zu Bildung ist leider auch in unserer Region nicht allen in gleicher Weise möglich.

- ▶ Kulturangebote in Musik, Theater, Literatur, bildende Künste durch Museumsdienste, MigrantInnenorganisationen und freie Künstler im weitesten Sinne sind verstärkt als städtische bzw. städteregionale Aufgabe zu organisieren. Dazu wird ein Organisationsplan erstellt und seine Wirksamkeit überprüft.
- ▶ Die MitarbeiterInnen der Offenen Ganztagsgrundschule brauchen längerfristige Verträge.
- ▶ Die Kooperation der Grundschulen mit den weiterführenden Schulen ist zu verstärken.
- ▶ Kleine Klassen (höchstens 25 SchülerInnen) müssen die Regel werden.
- ▶ DIE LINKE strebt letztlich die Einführung einer ganztägigen Gemeinschaftsschule von der 1. bis zur 9. oder 10. Klasse an (längeres gemeinsames Lernen bei individueller Förderung, Wegfall der Frühselektion). Diese Option ist auch im Rahmen von Modellschulen (Schulversuch) anzustreben, solange das geltende Schulgesetz in NRW noch nicht geändert ist.
- ▶ Darüber hinaus sollten überall dort, wo eine entsprechende Nachfrage besteht, weitere Gesamtschulen eingerichtet werden. Aktuell streitet DIE LINKE für eine vierte Gesamtschule in der Stadt Aachen.

Desweiteren tritt DIE LINKE ein ...

- ▶ für ein kostenloses Mittagessen an den Schulen mit Nachmittagsangebot. Für Familien mit wenig Geld muss das kostenlose Mittagessen sofort eingeführt werden. Den Lieferanten für das Essen sollen auch weiterhin die Schulen aussuchen. Es sollen möglichst nicht-kommerzielle Anbieter bevorzugt werden wie z. B. das Studentenwerk.
- ▶ für eine Übernahme des Eigenanteils an den Schulbuchkosten bei den Empfängern von Transferleistungen (z. B. ALG II). Die Städte und Gemeinden der Städteregion sollen beim Land darauf drängen, dafür wieder Mittel bereitzustellen.
- ▶ für eine kostenfreie Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für alle Schülerinnen und Schüler.

10. *Zugang zur Kultur für alle.*

Für DIE LINKE ist Kultur eine wesentliche Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung.

Kultur ist das, was unser menschliches Leben ausmacht. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur

und eine lebendige freie Szene erhöhen die Lebensqualität in einer Stadt oder Gemeinde. Alle Kommunen in der Städteregion geben Geld für „große“ und „kleine“ Kultur aus. Für sie ist Kulturförderung ein Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses, von Theatern, Museen, Orchester und Bibliotheken, über Musik- und Kunstschulen bis hin zu Volkshochschulen und Denkmalpflege.

Trotz der relativ hohen Ausgaben gelingt es aber nicht, „Kultur für alle“ zu organisieren. Kultur ist Lebensgrundlage dieser Gesellschaft und bedarf gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise des besonderen Schutzes und der Förderung.

Insbesondere ältere Menschen mit geringen Renten und Kinder, die von ALG II leben, werden Tag für Tag ihrer Chancen auf gesunde Ernährung und gute Bildung beraubt. Darüber hinaus können sie sich keine kulturelle Teilhabe leisten, während die CDU behauptet, sie wolle „niemanden zurücklassen“.

Gerade in der Kultur wird gerne der Rotstift angesetzt. Die Finanzkrise wird dies wahrscheinlich noch eklatant verstärken. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab. Stattdessen befürworten wir eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen in der Städtere-

gion, die sich gegenseitig fördern, um bestehende kulturelle Einrichtungen besser zu nutzen, denn Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in einer Kommune entscheidenden Anteil und ist somit eine unverzichtbare Grundlage für ein soziales Zusammenleben.

DIE LINKE will deshalb Kulturpolitik neu ausrichten. Für uns stehen nicht einige wenige Großereignisse pro Jahr im Vordergrund, sondern die Förderung vieler kleiner Projekte und Einrichtungen, die für alle zugänglich sind. Aufgabe der öffentlichen Hand ist die finanzielle Unterstützung einer breiten Kultur für alle, um die Vielfalt zu sichern. Wenn gerade in Zeiten knapper Kassen hauptsächlich „Leuchtturmprojekte“ gefördert werden, bleibt diese auf der Strecke.

DIE LINKE verfolgt das Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Deshalb setzt sie sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote anstelle einer angeblichen „Leitkultur“ ein.

Film und Fernsehen bieten eine Chance, sozialpolitische Themen für weite Kreise der Bevölkerung interessant zu machen und die notwendigen Infor-



Kultur ist eine wesentliche Grundlage der Persönlichkeitsentfaltung.

mationen zur breiten Mitwirkung im Gemeinwesen leicht verständlich aufzubereiten. Projekte, die dies leisten, gilt es zu fördern. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des selbst verwalteten, unabhängigen Bürgerfunks ein.

Sponsoren und Mäzene dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote erhalten. Denn Kulturförderung ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Sie muss angemessen und nachhaltig erfolgen. Programmvielfalt versprechen drinnen und draußen die Angebote der freien Kulturszene: „Nischenkultur“, Szenetreffe, Ausstellungen und Kleinkunstabühnen. DIE LINKE fordert materielle und ideelle Unterstützung für Theatergruppen aus unterschiedlichen Kulturen und Schichten.

Der in der Region grassierende Ideenklau bei Projektanträgen muss als eine Erscheinungsform von Korruption bekämpft werden. Die Kreativität der Region wird im Keim erstickt, wenn abgewiesene AntragstellerInnen im Kulturbereich später feststellen müssen, dass ihre Ideen unter anderer Regie doch umgesetzt werden.

Auch die Tendenz mancher Kulturinstitutionen, Projekte der freien Kulturszene im Namen einer angeblichen Professionalisierung zu vereinnahmen und

den ursprünglichen Projektträgern zu entreißen, ist meist kontraproduktiv und stets unfair. Gerade im sehr prekären Kulturbereich hängen viele Existenzen von solchen Projekten ab. Sie können meist lebensnäher und kreativer in freier Trägerschaft verwirklicht werden. Die Kommunen sollten mit finanziellen Mitteln und mit ihrer Infrastruktur die freie Szene fördern und unterstützen, aber sie nicht zu ersetzen versuchen.

DIE LINKE tritt ein:

- ▶ für die Neuausrichtung der kommunalen Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“;
- ▶ für Förderung der kulturellen Vielfalt statt von „Leuchtturmprojekten“;
- ▶ für Förderung der freien Szene, indem ihr Mittel und kommunale Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden;
- ▶ für eine antirassistische, interkulturelle Politik statt „Leitkultur“;
- ▶ auf Landesebene für eine Sicherung des Musik- und Kunstunterrichts an den Schulen;
- ▶ für das Erlernen eines Instrumentes. Dies muss so bald wie möglich fester Bestandteil des Vor- und Grundschulunterrichts werden. Die Finanzierung muss verlässlich vom Land übernommen werden;

- ▶ für die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen sowie Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen für finanziell benachteiligte Menschen und kostenlose Angebote für deren Kinder;
- ▶ für Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen;
- ▶ für den Erhalt und Ausbau kommunaler Kultureinrichtungen.

11. Für eine tolerante Städteregion – gegen alte und neue Nazis.

Rechtsextreme und neofaschistische Organisationen versuchen, in der Städteregion verstärkt Fuß zu fassen. Auch unter dem Deckmantel einer scheinbaren Bürgerbewegung versuchen sie, in die Kommunalparlamente einzuziehen.

Gleichzeitig nimmt die Gewaltbereitschaft in der rechtsextremen Szene zu. Viele AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten bedroht und immer öfter auch tatsächlich angegriffen.

Im vergangenen Jahr kam es in Aachen sogar zum direkten Angriff einer Gruppe von RechtsextremistInnen auf eine antifaschistische Demonstration.

Die wachsende Zahl der Vorfälle verlangt nach einer konsequenten und breit verankerten Gegenwehr.

Politiker und Politikerinnen der bürgerlichen Mitte sprechen mit ihren Kampagnen immer wieder rassistische Ressentiments an und fischen nach Zustimmung in der braunen Brühe.

So ist die Kampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen „kriminelle Jugendliche“ mit Migrationshintergrund, die von der CDU gestützt wurde, Bestandteil der Politik der NPD. Ängste und Vorurteile, die propagandamäßig in den Medien verbreitet werden, machen den Weg frei für die NPD, so genannte „autonome“ Nationalisten und „freie“ Kameradschaften. Diese versuchen den öffentlichen Raum zu erobern und finden dabei auch Unterstützung durch Gerichte.

Dem Erstarken der Rechtsextremen tritt DIE LINKE entschieden entgegen. Wir wollen offene, tolerante, sichere und bunte Städte und Gemeinden. Der Ein-



Antifaschistische Aufklärungsarbeit muss in unserer Region dringend weiter unterstützt werden.

schüchterung durch Rassisten und Neonazis setzen wir ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben entgegen. DIE LINKE fordert auf kommunaler Ebene Faschismus und Rassismus mit allen Mitteln, die den kommunalen Behörden zur Verfügung stehen, entgegenzutreten.

DIE LINKE tritt ein

- ▶ für mehr Aufklärungsarbeit an den Schulen. Das Programm „Demokratie stärken – für Vielfalt und Toleranz in der Städteregion Aachen“ ist auszubauen. Auch andere sinnvolle Projekte wie das „Netzwerk Aachener Schulen gegen Rassismus und Gewalt“ sind zu fördern. Die Städteregion soll beim Land auf mehr finanzielle Mittel für die Aufklärungsarbeit drängen.
- ▶ für eine Aufklärung nicht nur über die Gefahren offen rassistisch und neofaschistisch agierender Gruppen, sondern ebenso über die wahre Motivation rechtspopulistischer Gruppen wie „Pro NRW“ und deren Ableger;
- ▶ für ein entschlossenes Vorgehen gegen die sogenannten „Kameradschaften“;
- ▶ für Ausstiegsprogramme. Diese müssen weiterhin vom Land gefördert und in der Städteregion eingesetzt werden.
- ▶ für Opfer von rassistischer und neonazistischer Gewalt. Für sie müssen geeignete Schutzräume und Anlaufstellen zur Verfügung stehen.
- ▶ für das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Benennung der Täter und ihrer Handlungen. Das Erinnern muss intensiv fortgeführt werden, gerade angesichts bald nicht mehr zur Verfügung stehender ZeitzeugInnen. Projekte wie die Aachener „Wege gegen das Vergessen“ und die „Stolpersteine“ wollen wir besonders fördern. Dazu gehört neben Sachmitteln auch Personal.
- ▶ für eine Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Nazigrößen, Eroberungskriegern oder Schlachtplätzen benannt sind.
- ▶ für das Schleifen von Kriegsdenkmälern, die Heldentum aus dieser Zeit glorifizieren. Diese sollen durch Mahnmale ersetzt werden, die das Leid, den Schrecken und die Gräueltaten beider Weltkriege verdeutlichen und an die Opfer des Faschismus erinnern (Verfolgte aus rassistischen Gründen oder wegen ihrer religiösen Überzeugung, politischen Haltung oder sexuellen Orientierung).

Geehrt werden sollen diejenigen, die Widerstand gegen den Faschismus geleistet haben, innerhalb und außerhalb Deutschlands.

- ▶ gegen Geschichtsverfälschung. Die Städteregion darf keine Veranstaltungen unterstützen, in der Militarismus und die Nazizeit verherrlicht oder die Geschichte verfälscht wird. Fragwürdigen VeranstalterInnen dürfen keine städtischen oder städteregionalen Räume zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ gegen ein Verdrängen der Gefahr von Rechts. Die Verwaltung soll dem Städteregionstag einen regelmäßigen Bericht über die Aktivitäten rechts-extremer Organisationen in der Region und laufende Gegenmaßnahmen vorlegen.
- ▶ für eine Zurückdrängung rassistischen Gedankenguts. Das kann nur gelingen, wenn die Städteregion Migrantinnen und Migranten würdevoll behandelt. Integrationsangebote sollten nicht nur aus Sprachkursen bestehen. Ebenso wichtig ist es, Migrantinnen und Migranten gemäß ihrem Anteil in der Bevölkerung bei der Besetzung von Stellen in der Verwaltung zu berücksichtigen.

12.

Für eine demokratische Städteregion im Sinne der EinwohnerInnen.

Die Bildung der Städteregion Aachen, der Zusammenschluss von Stadt und Kreis Aachen, vollzieht sich vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die erhebliche Auswirkungen auf das Land Nordrhein-Westfalen und auf die kommende Städteregion haben wird.

Der Bildung der sogenannten Modellregion liegen in erster Linie ökonomische Interessen zugrunde, wie den Programmen der etablierten Parteien entnommen werden kann.

Hier fallen negativ auf:

- die Entdemokratisierung der RWTH und ihre Entwicklung zu einer „Elitehochschule“, deren Forschung sich an den Interessen der Industrie, nicht der Gesellschaft orientiert,
- der Ausbau des Flughafens Merzbrück und die damit verbundene Ausdehnung des Industriegebietes in der Broichweidener Äcker- und Wiesenlandschaft,
- die Förderung der Wirtschaft ohne soziale und ökologische Ziele,

- der Ausbau des Burg-Vogelsang-Geländes mitten im Nationalpark Eifel zu Gunsten privater Tourismusunternehmen,
- die „Synergie-Effekte“ beim Zusammenlegen der Verwaltungseinrichtungen auf Kosten der Arbeitsplätze und der Leistung für die BürgerInnen,
- die beabsichtigte Forcierung weiterer Privatisierung öffentlicher Aufgaben unter reinen Profitgesichtspunkten auf Kosten der Daseinsvorsorge, zu Gunsten der privilegierten Bevölkerungsschichten.

Forderungen, die sich ausschließlich an ökonomischen Interessen orientieren, sind oft gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in der zukünftigen Städtereion gerichtet.

Diese Städtereion bietet aber aus Sicht der LINKEN auch Chancen für die Menschen, die in ihr wohnen, wenn sich die Politik vorrangig an ihren Bedürfnissen und nicht am Profit oder sonstigen kurzfristigen Interessen spezieller Gruppen orientiert.

DIE LINKE sieht für die Entwicklung der Städtereion folgende Alternativen:

- ▶ Die RWTH soll Forschung und Lehre in den Dienst der Menschen stellen, statt im Interesse von Konzernen zu arbeiten. Die Städtereion muss

beim Land darauf drängen, dass Studiengebühren wieder verboten und die Hochschulen aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Niemand darf aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen oder für das Studium in die Verschuldung getrieben werden. Beim Ausbau des Campus ist auch auf die soziale Dimension zu achten, z. B. durch Ausbau des Studentenwerkes, damit die Studierenden jederzeit und zu günstigen Preisen Essen, Trinken, Wohnen, Bafög und Kinderbetreuung in ausreichendem Maße zur Verfügung haben. Für den studentischen Wohnungsbau müssen Grundstücke günstig zur Verfügung gestellt werden.

- ▶ Kein weiterer Ausbau des Flugplatzes Merzbrück auf Kosten der Ökologie und der im Umfeld lebenden Menschen. Die Flughäfen Aachen/Maastricht und Lüttich sind für die Städtereion auch zukünftig vollkommen ausreichend.
- ▶ Neue Gewerbegebiete sollen, wo nötig, nur von der Städtereion gemeinsam erschlossen und betrieben werden. Die eingenommene Gewerbesteuer soll nach einem festzulegenden Schlüssel allen Städten und Gemeinden der Städtereion zugute kommen. Die derzeitige Konkurrenz der Gemeinden um die Ansiedlung von Unternehmen ist ökologisch

und ökonomisch fragwürdig, da unnötig Flächen versiegelt werden und bei der Gewerbesteuer eine unsinnige Konkurrenz um das niedrigste Angebot droht. Bei der Neuansiedlung von Unternehmen soll die Städteregion Garantien für die langfristige Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze verlangen.

- ▶ Den Ausbau der sogenannten Burg Vogelsang auf Kosten des Naturparks lehnen wir ab. Die Natur muss Vorrang vor touristischer Nutzung haben. Für den Umgang mit den Hinterlassenschaften der Nazis fordern wir ein Konzept, dass die Konzeption der Nazis für das Gelände bricht, so dass es nicht mehr als Wallfahrtsort für Neonazis dienen kann. Stattdessen sollen vor allem junge Menschen an diesem Ort über die menschenverachtenden Ziele und Methoden des Nationalsozialismus aufgeklärt werden.
- ▶ Die Projekte der Euregionale sind von extrem unterschiedlicher Qualität. Wir tragen nur sinnvolle Projekte mit wie den Umbau des Aachener Zeitungsmuseums. Andere Projekte, vor allem das Feiern des reaktionären, nach Kaiser Karl benannten „Europa“preises im Aachener Rathaus, lehnen

wir ab. Hier werden Steuergelder in großer Höhe verschwendet.

- ▶ Eine Zusammenlegung von Verwaltungen und Dienststellen zu Gunsten eines damit vordergründig gesehenen Synergie-Effekts auf Kosten der Arbeitsplätze und zu Lasten der Bürgerfreundlichkeit lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir den Ausbau der innerbehördlichen Demokratie durch ein gutes Mitbestimmungsrecht in Nordrhein-Westfalen und somit auch in der Städteregion. Städteregionstag und Städteregionsrat werden wir auffordern, sich in diesem Sinne bei der Landesregierung einzusetzen.
- ▶ Mehr Bürgerfreundlichkeit kann durch den Ausbau der Mitwirkungsrechte geschaffen werden. Fragestunden für die Einwohnerinnen und Einwohner muss es nicht nur im Städteregionstag, sondern auch in allen Ausschüssen geben. Der Umgang mit Anregungen und Beschwerden nach § 21 der Kreisordnung bzw. § 24 der Gemeindeordnung ist bürgerfreundlich zu gestalten. AntragstellerInnen



Zum Erfolg des Aachener Bürgerentscheids hatten heutige LINKE-Mitglieder kräftig beigetragen.

müssen eine Eingangsbestätigung, eine rechtzeitige Mitteilung des Termins der Behandlung ihres Antrages sowie Rederecht bei der Behandlung ihres Antrages im Ausschuss bekommen. Initiativen, die einen Bürgerentscheid vertreten, müssen in fairem Maß im öffentlichen Raum, z. B. durch Plakate, auf ihr Anliegen hinweisen dürfen.

- ▶ Die wichtigste politische Entscheidung wird auch in der Städteregion die jährliche Verabschiedung des Haushalts sein. DIE LINKE will auch hier die EinwohnerInnen beteiligen, durch die Einführung eines Bürgerhaushaltes nach dem Vorbild des Berliner Stadtteils Lichtenberg. Dort können die EinwohnerInnen Einfluss nehmen auf die wichtigste politische Weichenstellung, auf die Frage: Wofür gibt es Geld und wofür nicht?
- ▶ DIE LINKE in der Städteregion fordert eine Umstellung der Energieversorgung auf hundert Prozent erneuerbare Energien innerhalb von zehn Jahren. Auch die regionalen Energieversorgungsunternehmen müssen entsprechende Schritte unternehmen. Deren Beteiligung an neuen Kohlekraftwerken lehnen wir ab.

- ▶ DIE LINKE tritt ein für ein regionales Energieversorgungsunternehmen in Trägerschaft der Städte und Gemeinden der Städteregion.
- ▶ Wir wollen in der Region genossenschaftliches Wohnen fördern. Das gilt vor allem für den in Zukunft ansteigenden Bedarf an Wohnungen für alte Menschen, wobei Wohnmodelle für ein gemeinsames Wohnen von Alt und Jung besonders gefördert werden sollen. Die Verwaltung der Städteregion soll prüfen, ob Teile oder gegebenenfalls alle Wohnungen der vom Land privatisierten Wohnungsgesellschaften von der Städteregion oder einer Tochtergesellschaft zurückgekauft werden können, allerdings nur zu einem vertretbaren Preis. Ist das nicht möglich, soll die Städteregion beim Land auf strikte Einhaltung der Sozialcharta drängen.

Herausgeberin

DIE LINKE.

Kreisverband Aachen

Stolberger Straße 34

52068 Aachen

Beschlossen auf der Wahlversammlung der Partei DIE LINKE für die Städteregion Aachen am 10. Januar 2009.

Bildnachweis

Titelfoto: Sommerfest DIE LINKE Kreisverband Aachen, Alsdorf 2008

Folgende Fotos nutzen wir mit Einverständnis der Fotografen:

S. 1, 25, 29 (Darius Dunker); S. 3, 9 unten, 11, 15, 16, 21 unten, 23, 32 (1., 2. und 4. Bild) (Andreas Schmitter).

Folgende Bilder wurden unter Lizenz von Pixelio.de übernommen:

S. 5 (Gabi Schönemann); S. 7 (Peter Hebgen).

Folgendes Bild wurde unter Creative-Commons-Lizenz BY von Piqs.de übernommen: S. 9 oben (glühwürmchen).

© ⓘ <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de>

Folgende Bilder wurden unter Creative-Commons-Lizenz BY-SA von Wikimedia Commons übernommen: S. 13 (Euku); 21 oben (Lokilech).

© ⓘ ⓘ <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5>

(In Klammern sind die jeweiligen FotografInnen bzw. lizenzgebenden TeilnehmerInnen bei Pixelio, Piqs und Wikimedia Commons angegeben.)

V.i.S.d.P.: Darius Dunker (Kreissprecher)

DIE LINKE, Stolberger Str. 34, Aachen

DIE LINKE.

Noch Fragen?

Wir beantworten sie gerne. An unseren Infoständen, per Post (Adresse siehe links) oder per E-Mail an staedteregion@dielinke-aachen.de

Im Gegensatz zu anderen Parteien leben wir nicht von Großspenden aus der Industrie. Möchten Sie unseren Wahlkampf finanziell unterstützen? Dann überweisen Sie auf folgendes Konto:

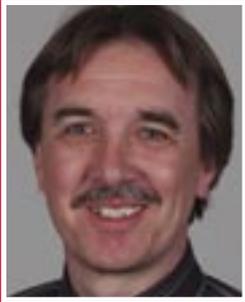
DIE LINKE Kreisverband Aachen

Kontonummer 489 572 508

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Verwendungszweck: Wahlkampfspende

Spenden auf dieses Konto werden zu 100 % für unsere politische Arbeit in der Städteregion Aachen verwendet. Spendenbescheinigungen sind möglich, dazu bitte Postadresse bei Überweisung angeben!



Uwe Löhr



Marika Jungblut



Gerlinde Fremgens-Heilmann



Harald Siepmann

Kandidat für das Amt des Städteregionsrats

Uwe Löhr (Stolberg)

Unsere SpitzenkandidatInnen für den 1. Städteregionstag

1. **Uwe Löhr** (Stolberg)
2. **Marika Jungblut** (Aachen)
3. **Gerlinde Fremgens-Heilmann** (Eschweiler)
4. **Harald Siepmann** (Aachen/Herzogenrath)
5. **Helga Ebel** (Aachen)
6. **Dietmar Schütteler** (Monschau)
7. **Monika Gottfried** (Stolberg)
8. **Manfred Engelhardt** (Aachen-Brand)